

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa,
Fernruf Nr. 20.

Das Riesfaer Tageblatt enthält die amtlichen Verordnungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkontos: Dresden 1833
Groschasse Riesa Nr. 52.

Nr. 136.

Montag, 15. Juni 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Einzetens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen in der Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Ersetzen in bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 2. am Ende, 4. am Ende Grundpreis-Zelle 16 Silben 25 Gold-Pfennige die 3. am Ende 20 Gold-Pfennige 100 Gold-Pfennige. Zeitraumber und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, bewilligter Rabatt 25%, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber n. Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Bogahler an der Elbe“. Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegeranten oder der Beförderungsanstalten - hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

Rheinlandkundgebung in Berlin.

In Berlin. Bei regnerischem Wetter fand gestern unter großer Beteiligung vor dem Reichstagsgebäude die große Kundgebung für die Befreiung der Rheinlande im Rahmen der Jahrestagfeier statt. Es war ein überwältigendes Bild, als Vertreter der deutschen Stämme von Nord und Süd und Ost und West, die Frauen vielfach in heimlicher Tracht, mit ihren Fahnen anrückten, ein ganzes, großes, geschlossenes Gefüge, dem sich viele studentische Verbindungen mit ihren Fahnen anreiheten. Besonders starken Beifall erweckte es, als die Mädchengruppen des Verbandes der Auslandsdeutschen aufzogen und die Württemberger in der Heimatstracht der Schwarzwälder erschienen. Auch die Schleswig-Holsteiner wurden kräftig begrüßt und alle Landsmannschaften der Grenzgebiete waren Gegenstand freundlichen Empfangs. Der gemischte Chor des Ost- und Westpreußenbundes eröffnete mit einem Vortrage die Feier.

Dann sprach der frühere Oberbürgermeister der Stadt Köln, Reichsminister a. D. Balkraf und gab sein feierliches Gelöbniß ab, daß das Rheinland unzerstückelt sei von Preußen und dem Reich und alle Stürme siegreich überwinden werde. Der Rhein solle deutscher Strom bleiben, aber nicht deutsche Grenze sein.

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Frenken, begrüßte die deutschen Landsmannschaften aller Stämme, die im Bewußtsein der Zusammengehörigkeit an der heutigen Kundgebung teilnahmen. Die im unbesetzten Gebiet wohnenden Rheinländer würden nie ihre Heimat und ihre Leiden vergessen; das Rheinland sei die Heimat deutscher Kultur, deutscher Freiheit, deutscher Schaffenskraft, und die heutige Feier in der Reichshauptstadt werde überall ein großes Echo finden. Seien doch die deutschen Landsmannschaften, die mit ihrem Bekenntnis zum Deutschtum aufgetreten seien, Dolmetscher des Empfindens der deutschen Reichshauptstadt. Die Bande, die mit dem Rheinland die Reichshauptstadt umschließen, seien durch die heutige Feier erneut und fester geknüpft worden. Glückselig sei der Gedanke gewesen, den Abstimmungsabend in Ost- und Westpreußen mit dieser Jahrtausendfeier zu verbinden.

Während der Feier boten die Kamerad Concordia und der Männergesangsverein der in Berlin wohnenden Rheinländer musikalische Vorträge dar. Für die Ostpreußen sprach in Erinnerung an den Abstimmungsabend am 11. Juli der Vertreter der damaligen Abstimmungskommission Herr Borjiska-Allenstein. Er gedachte des damaligen politischen Kampfes des östlichen Grenzgebietes sowie der Kriegseliden Ostpreußens. Ost- und Westpreußen könnten nur im preussischen Staatsverbande leben. Vor aller Welt erklärte er, daß Ost- und Westpreußen nicht rufen werden, für die Erhaltung des deutschen Vaterlandes einzutreten, wie auch Ost- und Westpreußen dem Rheinland im Kampfe um sein Recht stets zur Seite stehen werden bis zum siegreichen Ende, in dem festen Glauben an die Zukunft des deutschen Volkes.

Unter stürmischem Beifall wurde dann eine Entschließung angenommen, in der betont wird, daß die Jahrtausendfeier deutscher Männer und Frauen, die bei der heutigen Gedächtnisfeier vor dem Reichstag erschienen, getragen von dem Bewußtsein gemeinsamen Schicksals und der Hoffnung für die Zukunft des deutschen Volkes, in unerschütterlicher Treue zusammen mit Ost- und Westdeutschland ihr Gelöbniß aussprechen, an Preußen und dem Reich allezeit treu festzuhalten.

Während der Feier kreisten Flugzeuge der Junkersgesellschaft über der großen Versammlung.

Beratungen zur Unfallversicherung.

15. Berlin. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags führte in einer Sitzung am Sonnabend abend die Beratungen über die zweite Novelle zur Unfallversicherung in zweiter Lesung zu Ende. Das Ergebnis der Beratungen ist u. a., daß die Unterscheidung zwischen Facharbeitern und gewöhnlichen Arbeitern in der Unfallversicherung gefallen ist. Die Arbeitsverdienste werden jetzt in verschiedener Höhe nach Art der Beschäftigung durch Ausschüsse für die Versicherungsbüros und Renten durch Ausschüsse fortgesetzt, an denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen beteiligt sind. Für verunglückte Nothandwerker und Pflichtarbeiter soll der Jahresarbeitsverdienst aus der Zeit vor ihrer Erwerbslosigkeit maßgebend sein, wenn er günstiger sei. Die laufenden Renten von 10 u. S. und darunter sollen fortfallen und durch eine Abfindungssumme von 20 Mark abgelöst werden.

Dr. Schiele über Verfassungs- und Kulturfragen.

Deutscher Reichstag.

15. Berlin, den 13. Juni 1925.
Im Reichstag wurde heute die zweite Beratung des
Haushalts des Reichsinnenministeriums
fortgesetzt.

Der demokratische Abg. Hochwieser wandte sich gegen die Einrichtung eines Verfassungsausschusses. Notwendig sei nicht eine Verfassungsreform, sondern eine Verwaltungsreform, damit die Weimarer Verfassung endlich in allen Teilen durchgeführt werde. Der Redner verlangte weiter die energische Zurückweisung der gegen die Reichswehr gerichteten Vorwürfen der hiesigen Presse. Er protestierte auch dagegen, daß durch die Reorganisation der Flaggeneinheit neue innere Kämpfe hervorgerufen werden.

Abg. Behold von der wirtschaftlichen Vereinigung hielt eine Verfassungsreform, vor allem eine Heraushebung des Reichstages, für notwendig. Dagegen lehnte er eine Änderung der schwarzgoldenen Reichsflagge ab. Sein Fraktionsgenosse, der Deutsch-Hannoverscher Abg. Nolte, wandte sich gegen eine Aufhebung des Artikels 18 der Reichsverfassung, der die Neutralisierung der Länder betrifft. Abg. Reich von der Bayerischen Volkspartei war nicht für eine radikale Verfassungsänderung, hielt aber gerade die Einrichtung des Verfassungsausschusses für ein zweckmäßiges Sicherheitsventil, um einer tiefgehenden Erregung im Volke vorzubeugen. Den Vätern müsse eine größere Selbständigkeit im Rahmen des Reiches gewährt werden.

Reichsinnenminister Schiele

ging dann in längeren Ausführungen auf die Kritik der Parteiredner ein. Er wies darauf hin, daß es heute mehr denn je notwendig sei, das Recht der Selbstbehauptung und Selbsthaltung, der eigenen Rechtsauffassung und des Eigenlebens zu betonen. Wir werden in der nächsten Zeit zu Taten gezwungen sein und müssen daher den Glauben an die Nation mit heiligem Ernst empfinden und befestigen. Der Minister betont, daß ihm deshalb nicht fern liege als eine parteipolitisch zugehörige Polemik. Sein Ministerium habe den Gedanken der Reichseinheit zu vertreten, aber auch den Gedanken der sozialen Einheit. Er halte es für seine höchste Pflicht, die soziale und gesellschaftliche Einheit der Nation gegenüber allen Spaltungen durch Sonderinteressen zu wahren und zu wehren. Im allerwichtigsten dieser konfessionellen Fragen diese Einheit fördern.

Eine seiner wichtigsten Aufgaben sei aber auch, den Reichsgedanken gegenüber allen Verfallens- und Absterbensversuchen zu sichern. Die Betonung des Reichsgedankens bedeute aber nicht eine Abwehrhaltung gegen verfassungspolitische Wünsche der Länder. Darum sei es heute auch die wertvollste Aufgabe einer Reichsregierung, den Reichsgedanken mit den berechtigten Wünschen auf ein Eigenleben der deutschen Stämme in Einklang zu bringen. Der Minister hebt hervor, daß er die geltende Verfassung als bindendes Recht und als verfassungsgerechte Grundlage seiner amtlichen Tätigkeit ansehe.

Heute stehe nicht die Frage der Staatsform, sondern das Staatswesen im Vordergrund. Nur wenn der Staatsgedanke im Volke wirklich lebendig sei, sei die Erhaltung des Staates gesichert. Die Form gebe nur das äußere Gepräge. Der Minister kündigt an, daß er über den Schutz der Staatsautorität besonders eifrig nachdenken und gegen alle Schädlinge rücksichtslos vorgehen werde. Aber die Entwicklung lasse sich nicht in Reflexen schlagen. Die geltende Reichsverfassung empfinde sich selbst als unfertig und unvollständig, wie die zahlreichsten Lücken und Verwacklungen auf noch kommende Gezeiten erkennen lassen. Auch Herr Solmann habe als Innenminister die Notwendigkeit einer grundlegenden Änderung des Verhältnisses von Reich, Ländern und Kommunen anerkannt.

Es komme weniger auf die Form eines künftigen Verfassungsausschusses an, sondern darauf, daß alle diese Fragen nicht in der Schwärze bleiben. Das Innenministerium werde diesem Ausschuss das gesamte umfangreiche Material zu dem Fragenkomplex vorlegen. Auch die zu Artikel 48 der Verfassung aufgeworfenen Fragen werde der Ausschuss beraten müssen.

Das Verhältnis von Reich und Ländern

und auf die hiesigen Denkschrift zu sprechen und betont, daß eine baldige und klare Abgrenzung der Zuständigkeiten im wohlverstandenen Interesse beider Teile liege. Diese Abgrenzung könne nur auf der Grundlage einer gefunden

Die Ueberreichung

der französischen Sicherheitsantwort am Dienstag.

15. Paris. Die französische Antwortnote wird voraussichtlich am Dienstag in Berlin durch den französischen Botschafter überreicht werden. Das Pariser Auswärtige Amt legt - aus formalen Gründen - Wert darauf, daß die Note nicht abgeht, bevor die Antworten Belgiens, Polens, Italiens und der Tschecho-Slowakei in Paris eingegangen sind. Belgiens Zusage wurde offiziell der französischen Regierung am Sonnabend nachmittags zur Kenntnis gebracht.

Dezentralisation erfolgen, die nicht eine Schwächung, sondern eine Stärkung des Reiches und des Reichsgedankens bedeuten würde. Nur der mutige Entschluß werde uns zur Erreichung des Zieles führen, auf das es uns ankommt: die Einheit des deutschen Volkes. (Beifall.)
Der Minister geht dann zur

Flaggenfrage

über und weist darauf hin, daß die Reichsflagge schwarz-rot-gold selbstverständlich Anspruch auf den Schutz des Staates haben. Von weiten Kreisen unseres Volkes werde die Wiederkehr zu den alten Reichsflaggen ersehnt. Es sei daher ein tiefbedauerlicher Streit um die Reichsflaggen entstanden, den aus der Welt zu räumen eine der dringlichsten Aufgaben sei.

Er vergesse durchaus nicht, daß auch im schwarz-weißen roten Deutschland die Farben schwarz-rot-gold ein Gegenstand der Verehrung gewesen seien. Durch fast 50 Jahre war schwarz-rot-gold der Ausdruck eines romantischen Sehens und Träumens, aber erst unter schwarz-weißen roten diese Träume zur Wirklichkeit geworden. Unter schwarz-weißrot sei ein hartes deutsches Reich durch fast 30 Jahre hindurch bürgerlich des Vertrauens gewohnt. Das habe im Gedächtnis unseres Volkes unauflöslich eingegraben. Besonders betrüblich sei es, daß der Streit um die Reichsflaggen gerade zu einem Parteistreit geführt habe. Durch nichts werde gerade nach außen die parteiliche Parteilichkeit so deutlich bekundet, wie durch diesen Streit. Die Flaggenfrage sei nicht nur eine Frage geschichtlicher Betrachtung oder eine Zweckmäßigkeitsfrage, sondern auch eine Frage des Herzens und Nationalempfindens. Es müsse deshalb eine Lösung gefunden werden, die dem inneren Empfinden unseres Volkes Rechnung trägt.

Der Minister behandelt dann die eigentlichen Fragen seines Referats und erklärt, daß die

Sittliche Erziehung unserer Jugend

heute im Vordergrund stehen müsse. Auch auf dem Gebiete unserer geistigen Lebens dürfe die Vereinnahmung und Verinnerlichung nicht vernachlässigt werden mit Uniformierung. Gerade hier müsse sich kameradschaftliche Treue mit völkisch-deutscher Einheit verbinden. Es ist eines der wesentlichsten Verdienste der deutschen Nationen, daß sie es verstanden haben, vorausweisend in ihren Weltanschauungszentren eigenen, bodenständigen Charakter zu pflegen. (Beifall.) Es ist nicht zu leugnen, daß auch heute noch die überwiegende Mehrheit unseres Volkes die Kräfte der christlichen Religion für die Erziehung ihrer Kinder fordert.

Der Minister betont weiter die

großen Aufgaben der deutschen Wissenschaft,

die im engen Zusammenhang mit der Wiederentdeckung der Wissenschaft stehen. Er werde betonen, daß die Kultur der geistigen Arbeiter nach Möglichkeit zu mildern. Für ihre freudige und rücksichtslose Mitarbeit an der geistigen und sittlichen Geländung unseres Volkes gebühre ihnen der Dank der Reichsregierung.

Der Minister betont besonders die Mitarbeit der Presse, deren Freiheit und innere Unabhängigkeit für die Erfüllung ihrer Aufgaben unerlässlich sei. Der Minister hebt weiter die Verdienste des Auslandsdienstes hervor und weist dann darauf hin, daß Deutschland den fremdstämmigen Mitarbeiterinnen gern eine Heimat gewähre. Angefichts der Erfahrungen der letzten Zeit wird allerdings auf die neue Zuwanderung fremdstämmiger Elemente in unser Vaterland ein besonderes Augenmerk gerichtet werden müssen. Väter müsse es aber empfinden werden, daß gerade diejenigen Länder, die ihre fremdstämmigen Völker nach Deutschland abstrichen, die deutschen nationalen Mitarbeiter vielfach planmäßig unterdrückten. Der deutsche Wille zur Selbstbehauptung lebt und wächst, und wir werden dafür sorgen, daß er sich immer eindringlicher entfaltet. Dann werden wir auch jenseits unserer politischen Grenzen dem Deutschtum zu neuem Aufsehen und neuer Blüte verhelfen. (Beifall red.)

Der völkische Abg. Rube verlangte die völlige Befreiung der Weimarer Verfassung. Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) wünschte die Aufhebung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik, mit der Begründung, dieses Gericht sei heute nicht mehr ein Instrument zur Verteidigung der Republik.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Schlanac-Schönungen (Dnll.) und v. Kardorff (D.Vp.) mußte die Weiterberatung auf Montag 2 Uhr vertagt werden, da der kommunistische Abg. Eichhorn die Beschlußunfähigkeit des Hauses feststellen ließ.

Die Blätter stellen fest, daß Deutschland das Sicherheitsangebot nicht zurückziehen werde. Die Verhandlungen werden daher nach einstimmiger Auffassung der Presse in einer wesentlich günstigeren Atmosphäre geführt werden.

„Petit Parisien“ berichtet, die französische Note sei bereits in den Händen des französischen Botschafters in Berlin. Die Veröffentlichung der Note erfolge 48 Stunden später mit allen anderen wesentlichen Dokumenten der Verhandlung.

Paris. (Funkpruch nachm. 1 Uhr.) Echo de Paris glaubt zu wissen, daß die französische Note in der Frage des Sicherheitspaktes bereits heute in Berlin übergeben werden wird.